

Medienmitteilung JUSO Oberwallis

An ihrer letzten Versammlung hat die JUSOO Oberwallis die Abstimmungsparolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 9. Juni gefasst. Wir sagen klar Nein zur Asylgesetzrevision, weil man hier einmal mehr Politik auf Kosten der Schwächsten macht. Mit der Abschaffung des Botschaftsasyls fördern wir das Geschäft der kriminellen Schlepperbanden. Und es trifft die Hilflosesten unter den Schutzbedürftigen, nämlich vor allem Frauen, Kinder und ältere Menschen, welche sich keine Schlepper leisten können oder eine solch gefährliche Überfahrt gar nicht bewältigen können.

Die JUSO Oberwallis lehnt auch die SVP-Initiative „Volkswahl des Bundesrates“ ab. Unsere Regierung darf nicht zum Club von Populisten und Dauer-Wahlkämpfern werden. Im Weiteren wären Bundesratswahlkämpfe, aufgrund der katastrophalen Regelungen der Parteienfinanzierung, total intransparent und ungerecht.

Bedauerlicherweise hat der Bundesrat auf Druck der Economiesuisse und anderen Abzockern die Abstimmung über die 1:12 Initiative vom September auf den November verschoben. Auf's Neue zeigt sich, wer in diesem Land das Sagen hat: Nicht die Politik oder das Volk, sondern die Wirtschaftsverbände mit ihren bürgerlichen Marionetten. Doch davon lässt sich die JUSO Oberwallis nicht entmutigen. Wir sehen uns bestärkt in unserem Kampf gegen die Abzockerei und die Diktatur der Wirtschaftsbosse. Mit der 1:12 Initiative kämpfen wir für mehr Verteilungsgerechtigkeit: Die untersten Löhne müssen endlich wieder steigen und die obersten auf den Boden der Realität zurückkommen.